

05.10.99

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschlieung des Bundesrates zur Europäischen Charta der regionalen Selbstverwaltung des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates vom 5. Juni 1997

Die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Frau Brigitte Zypries, hat mit Schreiben vom 29. September 1999 die beigefügte Stellungnahme der Bundesregierung zur o. a. Entschlieung des Bundesrates *) bersandt.

*) Drucksache 697/97 (Beschluss)

Stellungnahme der Bundesregierung zu der EntschlieÙung des Bundesrates zur Europäischen Charta der regionalen Selbstverwaltung des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates vom 5. Juni 1997

Der in dem o.g. Beschluss vom **27. März 1998** enthaltenen Bitte des Bundesrates an die Bundesregierung, ihren Einfluss im Ministerkomitee des Europarates sowie während der vorbereitenden Arbeiten des CDLR nachdrücklich geltend zu machen, damit eine inhaltliche Befassung mit dem Entwurf mit dem Ziel beginnen kann, den Entwurf einer „Europäischen Charta der regionalen Selbstverwaltung“ als Konventionsentwurf möglichst zügig zu verabschieden, hat der deutsche Vertreter im Ministerkomitee entsprochen. Er hat bereits in der Sitzung des Ministerkomitees am **17. März 1998** darauf hingewirkt, dass der Lenkungsausschuss für kommunale und regionale Demokratie (CDLR) beauftragt wurde, bis zum 30. Juni 1999 die Elemente zu identifizieren, die in ein mögliches Rechtsinstrument des Europarates zur regionalen Selbstverwaltung aufgenommen werden könnten.

Der Lenkungsausschuss hat sich in seinen regulären Sitzungen im Juni und Dezember 1998 sowie im Mai 1999 mit der Angelegenheit befasst und eine entsprechende Stellungnahme gegenüber dem Ministerkomitee beschlossen und diesen übermittelt.